

Vergabeverfahren

**zur Vergabe von Planungsleistungen für den
Bildungscampus Grünsfeld**

**Unterlagen für den
Teilnahmewettbewerb**

Auftragsbekanntmachungsnummer:

2017/S 198-407255

Vergabestelle:

Stadt Grünsfeld
Hauptstraße 12
97947 Grünsfeld

Inhaltsverzeichnis:

I.	Bildungscampus Grünsfeld	3
II.	Zu vergebende Planungsleistungen	4
III.	Verfahrensablauf	5
	1. Allgemeines.....	5
	2. Teilnahmewettbewerb	6
	3. Verhandlungsverfahren	6
IV.	Vergabestelle	6
V.	Verfahrenssprache	6
VI.	Rückfragen.....	7
VII.	Teilnahmeanträge.....	7
	1. Frist und Form.....	7
	2. Inhalt	8
VIII.	Auswahl der Teilnehmer des Verhandlungsverfahrens	9
	1. Ausschlusskriterien und Mindestbedingungen	9
	2. Auswahlkriterien	12
	3. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach LTMG-BW	14
IX.	Zeitplan.....	14
X.	Vergabekammer.....	15

I. Bildungscampus Grünsfeld

1. Die Stadt Grünsfeld plant, das Schulgelände (Flurstück Nr. 2820) das mit zwei Schulgebäuden (Schulhaus I und Schulhaus II = „Alte Schule“) sowie einer Schulturnhalle bebaut ist, zum Bildungscampus Grünsfeld umzugestalten. Dies ist erforderlich, da nach dem Wegfall der Werkrealschule im kommenden Schuljahr nur noch die Grundschule mit den Klassen 1-4 (Einzügigkeit) in den beiden Schulgebäuden untergebracht wäre.

Da sich zudem der Kindergarten mit drei Krippen- und fünf Kindergarten-
gruppen, der derzeit nicht auf dem Schulgelände untergebracht ist, in einem
stark sanierungsbedürftigen Zustand befindet, ist geplant, den Kindergarten
samt Kinderkrippe in die beiden bestehenden Schulgebäude auf dem
Schulgelände zu integrieren. Grundschule und Kindergarten samt Kinder-
krippe sollen auf dem Schulgelände den neuen Bildungscampus Grünsfeld
bilden. Ein Lageplan mit Fotos der bestehenden Gebäude ist als **Anlage 1**
beigefügt.

2. Um entscheiden zu können, ob der Bildungscampus Grünsfeld überhaupt
realisiert werden kann und im Hinblick auf die Beantragung von Fördermit-
teln wurden die Leistungsphasen 1-3 i.S.v. § 34 Abs. 3 Nr. 1-3 HOAI (Grund-
lagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung) bereits 2016 beauftragt.
Die Entwurfsplanung liegt vor und wird allen Interessenten zur Verfügung
gestellt, die die Vertraulichkeitserklärung abgeben, die den Vergabeunter-
lagen als Anlage beigefügt ist. Näheres hierzu ist in den Vergabeunterlagen
geregelt, die auf der Homepage der Stadt Grünsfeld unter www.gruensfeld.de/Rathaus/Ausschreibungen heruntergeladen werden können.
3. Die Entwurfsplanung sieht Folgendes vor:

An das **Schulhaus I** wird ein dreistöckiger Anbau mit dazugehörigem Trep-
penhaus angegliedert, in dem unter anderem zusätzliche Sanitär- und Auf-
enthaltsräume untergebracht werden, die aufgrund der Zusammenlegung
von Kindergarten und Schule erforderlich sind.

Im Untergeschoss des Schulhauses I sollen die Kleinkindgruppen samt
Schlafräumen untergebracht werden. Die bestehenden Verwaltungsräume
im Erdgeschoss des Schulhauses I sollen weitestgehend bestehen bleiben

und durch einen zusätzlichen Personalraum samt WC und einen Sanitätsraum im Anbau ergänzt werden. Im Erdgeschoss des Schulhauses I soll als „Herzstück“ des Bildungscampuses ferner eine großzügige Mensa samt Terrasse entstehen, um dem immer größer werdenden Betreuungsbedarf während des gesamten Tages gerecht zu werden. Im Obergeschoss des Schulhauses I soll neben den zwei bestehenden Klassenräumen für die Schule der gesamte Kindergarten mit fünf Gruppen einschließlich den dazugehörigen Kleingruppen- und Schlafräumen untergebracht werden.

Die räumlichen Strukturen im Schulhaus I sollen durch die Umbaumaßnahmen nur geringfügig verändert werden. Nur die Schaffung der Mensa, der Zugang zum Anbau in allen drei Stockwerken sowie die notwendigen Anpassungen im Krippenbereich im Untergeschoss erfordern grundrissverändernde Maßnahmen.

Die Räume im **Schulhaus II** sollen ebenfalls weitestgehend bestehen bleiben. Nur im Dachgeschoss soll ein sog. Lernatelier eingerichtet werden, das von den Schülern als spezieller Rückzugs- und Erholungsraum ggf. mit integrierter Bibliothek, genutzt werden kann. Vor allem für die unterrichtsfreie Zeit soll damit ein spezieller Raum geschaffen werden, der in einer ruhigen und entspannten Atmosphäre zum Verweilen und Schmökern einlädt.

Bei den **Außenanlagen** ist neben der Schaffung zusätzlicher Parkflächen eine Hangsicherung bzw. Hangterrassierung hinter der Schulsporthalle zur Herstellung von Spielflächen geplant. Zudem sollen zusätzliche Sitzgelegenheiten und Spielgeräte für den Pausenhof bzw. die Rasenspielflächen beschafft und ein separater Zugang zum Krippenbereich im Untergeschoss des Schulhauses I geschaffen werden.

II. Zu vergebende Planungsleistungen

1. Zu vergeben sind die Leistungsphasen 4-9 i.S.v. § 34 Abs. 3 HOAI und § 39 Abs. 3 HOAI (Grundleistungen und bestimmte besondere Leistungen) für den Bildungscampus Grünsfeld einschließlich der Außenanlagen auf der Grundlage der bereits vorliegenden Entwurfsplanung. Näheres hierzu ist in den Vergabeunterlagen geregelt.

2. Aufgrund des sehr maroden Zustandes des Kindergartens wünscht die Stadt Grünsfeld eine möglichst zügige Bauausführung. Dabei muss jedoch zu jeder Zeit sichergestellt sein, dass neben den Bauarbeiten ein reibungsloser Schul- und Kindergartenbetrieb möglich ist. Näheres hierzu ist in den Vergabeunterlagen geregelt.
3. Der Zeitplan sieht daher vor, dass der vollständige Bauantrag spätestens vier Wochen nach Beauftragung der Planungsleistungen beim Landratsamt Main-Tauber eingereicht werden muss.

Während der Dauer des Genehmigungsverfahrens soll bereits die Ausführungsplanung erarbeitet werden und die Ausschreibung der Bauleistungen vorbereitet werden, damit mit der Ausschreibung der Bauleistungen unmittelbar nach Erteilung der Baugenehmigung begonnen werden kann. Baubeginn soll spätestens in den Sommerferien 2018 (26.07.2018 bis 08.09.2018) sein.

4. Der Vergabestelle ist zudem während der Bauphase eine ständige örtliche Präsenz der Verantwortlichen sehr wichtig, um zeitnah auf Probleme reagieren und offene Fragen direkt vor Ort klären zu können.
5. Das Bauvorhaben Bildungscampus Grünsfeld wird vom Land Baden-Württemberg gefördert. Die Vorgaben der Bewilligungsbescheide müssen bei der Planung und der Ausführung beachtet werden. Sehr wichtig ist es der Vergabestelle ferner, dass der – auch durch die Bewilligungsbescheide – vorgegebene Kostenrahmen eingehalten wird.

III. Verfahrensablauf

1. Allgemeines

Zur Vergabe der in den Vergabeunterlagen beschriebenen Planungsleistungen wird ein europaweites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt. Es wird ein zweistufiges Verfahren durchgeführt:

1. Stufe: Teilnahmewettbewerb

2. Stufe: Verhandlungsverfahren

2. Teilnahmewettbewerb

Die **1. Stufe (Teilnahmewettbewerb)** wurde durch Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung im Europäischen Amtsblatt eingeleitet.

Welche Unterlagen zur Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlich sind, ist in diesen Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb geregelt.

Im Rahmen der 1. Stufe ist noch **kein** Angebot abzugeben.

3. Verhandlungsverfahren

Unter den Unternehmen, die einen Teilnahmeantrag abgeben, werden die Bieter/Bietergemeinschaften ausgewählt, die zur der 2. Stufe (Verhandlungsverfahren) zugelassen und zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden. Die Auswahl der Bieter/Bietergemeinschaften für das Verhandlungsverfahren wird unter VIII. erläutert.

Die Vergabeunterlagen, die ebenfalls bereits jetzt auf der Homepage der Stadt Grünsfeld (www.gruensfeld.de/Rathaus/Ausschreibungen) heruntergeladen werden können, werden erst in der **2. Stufe (Verhandlungsverfahren)** zur Erstellung eines Angebots benötigt. In den Vergabeunterlagen sind neben der Leistungsbeschreibung u.a. auch Einzelheiten zum Ablauf der 2. Stufe (Verhandlungsverfahren) geregelt.

IV. Vergabestelle

Stadt Grünsfeld
Hauptstraße 12
97947 Grünsfeld

V. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist deutsch.

VI. Rückfragen

Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb sind ausschließlich **per E-Mail oder Telefax** zu stellen an:

Stadt Grünsfeld
Frau Marina Maag
Hauptstraße 12
97947 Grünsfeld
E-Mail: kaemmereiamt@gruensfeld.de
Telefax: 0049 (0) 9346-921151

Mündliche Rückfragen werden **nicht** beantwortet.

Eine rechtzeitige Beantwortung der Rückfragen vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge kann nur erfolgen, wenn die Rückfragen bis spätestens **02.11.2017** bei der oben genannten Stelle eingehen. Später eingehende Rückfragen werden nur beantwortet, sofern dies aus Sicht der Vergabestelle noch rechtzeitig vor Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge möglich ist.

Die Antworten zu den eingegangenen Rückfragen werden in anonymisierter Form auf der Homepage der Stadt Grünsfeld (www.gruensfeld.de/Rathaus/Ausschreibungen) zum Herunterladen zur Verfügung gestellt. Alle Unternehmen, die sich an dem Teilnahmewettbewerb beteiligen möchten, müssen sich in regelmäßigen Abständen informieren, ob unter dem angegebenen Link Rückfragenbeantwortungen oder ergänzende Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, die bei der Erstellung des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

VII. Teilnahmeanträge

1. Frist und Form

Die Teilnahmeanträge müssen bis zum **13.11.2017, 14.00 Uhr (Ausschlussfrist!)** eingehen bei

**Stadt Grünsfeld
Hauptstraße 12
97947 Grünsfeld**

Für die Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt. Teilnahmeanträge per E-Mail oder Telefax sind **nicht zugelassen**.

Für die Erstellung der Teilnahmeanträge werden die als **Anlage** beigefügten **Formblätter 1 bis 6** bereitgestellt.

Alle Bestandteile der Teilnahmeanträge müssen zweifach (Original und Kopie) in einem **verschlossenen Umschlag** eingereicht werden, auf dem deutlich sichtbar vermerkt ist:

**Teilnahmeantrag Bildungscampus
NICHT ÖFFNEN!**

2. Inhalt

Der Teilnahmeantrag muss die Bewerbung um die Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren sowie die unter VIII. genannten Eigenerklärungen/ Angaben/ Unterlagen umfassen. Hierzu sollten folgende Formblätter verwendet werden:

- **Formblatt 1 (Teilnahmeantrag)**
- **Formblatt 2 (Eigenerklärung zu Ausschlussgründen)**
Das Formblatt 2 muss vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft ausgefüllt werden.
- **Formblatt 3 (Eigenerklärung zur Eignung)**
Das Formblatt 3 muss vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft ausgefüllt werden.
- **Formblatt 4 (Bewerbergemeinschaftserklärung)**
Das Formblatt 4 muss nur von Bewerbergemeinschaften abgegeben werden.
- **Formblatt 5 (Eigenerklärung zu Auswahlkriterien)**
Werden in diesem Formblatt keine Angaben gemacht, können für die Auswahlkriterien (siehe hierzu unter VIII.2) keine Punkte erzielt werden.

- **Formblatt 6 (Verpflichtungserklärung Mindestentgelt LTMG BW)**
Das Formblatt 6 muss von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft und von jedem Nachunternehmer ausgefüllt und entweder mit dem Teilnahmeantrag oder dem Erstangebot abgegeben werden.

Alle Unterlagen müssen in einem verschlossenen Umschlag eingereicht werden.

VIII. Auswahl der Teilnehmer des Verhandlungsverfahrens

1. Ausschlusskriterien und Mindestbedingungen

Unter den fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträgen werden die Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die zum Verhandlungsverfahren (2. Stufe) zugelassen werden, wie folgt ausgewählt:

Zunächst werden die Teilnahmeanträge formal geprüft. Ferner wird geprüft, ob bei den Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften Ausschlussgründe (siehe unten unter a)) vorliegen und die Bewerber/Bewerbergemeinschaften die genannten Mindestbedingungen (siehe unter b)) erfüllen. Die Prüfung erfolgt primär anhand der mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Eigenerklärungen, Angaben und Unterlagen.

Die Vergabestelle behält sich jedoch vor, von den Bewerbern/Bewerbergemeinschaftsmitgliedern/ kurzfristig die Vorlage geeigneter Nachweis zu den Eigenerklärungen zu fordern.

a) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen:

Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben:

- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB)

- Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)
- Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)
- Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)
- Eigenerklärung, dass keine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen wurde, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezweckt oder bewirkt (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB)
- Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt.

Die Vergabestelle behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird und gegebenenfalls Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Sie Vergabestelle behält sich ferner vor, selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 GewO anzufordern.

b) Erfüllung der Mindestvoraussetzungen

- Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag die nachfolgend genannten Eigenerklärungen abgeben:

- Angabe zur Eintragung in das Berufs-/Handelsregister
- Für Bewerber wird als Berufsqualifikation der Beruf des Architekten gefordert. Erforderlich ist, dass der Bewerber nach dem für die öffentliche

Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV). Hierzu sind die Kammernummer anzugeben und eine Kopie der Eintragungsurkunde vorzulegen oder eine gleichwertige Bescheinigung anderer EU-Mitgliedstaaten in Kopie vorzulegen.

- Juristische Personen müssen für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen mit der Berufsqualifikation des Berufs des Architekten namentlich benennen (§ 43 Abs. 1 Satz 2 VgV, § 75 Abs. 3 VgV).

Nur bei Bewerbergemeinschaften abzugeben:

- Bewerbergemeinschaftserklärung mit gesamtschuldnerischer Haftung und Benennung eines bevollmächtigten Vertreters.

- **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag die nachfolgend genannten Eigenerklärungen abgeben:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (2014 bis 2016).
- Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2 Mio. € für Personenschäden und 0,5 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden.

- **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen und zur Beschäftigtenanzahl und Anzahl der Führungskräfte abgeben.

- Eigenerklärung über mindestens zwei Referenzen über Projekte mit Planungsanforderungen, die hinsichtlich der Objektplanung mit der zu vergebenden Planungsleistung vergleichbar sind, und anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1 und 2 HOAI von mindestens 1,3 Mio. € haben. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen. Die Referenzen müssen mindestens die Leistungsphasen 4-8 i.S.v. § 34 Abs. 3 Nr. 4-8 HOAI umfassen. Die Leistungsphase 8 muss in den letzten fünf Jahren, gerechnet ab Absendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen worden sein.
- Eigenerklärung zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl und der Zahl der Führungskräfte in den Jahren 2015 bis 2017.

2. Auswahlkriterien

Zum Verhandlungsverfahren werden **maximal vier Bewerber /Bewerbergemeinschaften** zugelassen. Gibt es nur vier oder weniger Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestbedingungen entsprechenden Teilnahmeantrag eingereicht haben, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Sollten diese Voraussetzungen bei mehr als vier Bewerbern/Bewerbergemeinschaften vorliegen, werden die vier Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, anhand folgender **Auswahlkriterien** ausgewählt:

Referenzen mit Planungsanforderungen, die hinsichtlich der Objektplanung mit den zu vergebenden Planungsleistungen vergleichbar sind und bei denen die Leistungsphase 8 in den letzten zehn Jahren, gerechnet ab Versendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen wurde. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen.

Für jede Referenz können maximal vier Punkte erzielt werden, die wie folgt vergeben werden:

- 2 Punkte: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte

- 2 Punkte: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für ein anderes Objekt für Kinder- und Jugendliche (d.h. nicht auf eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte sondern beispielsweise auf ein Jugendheim)
- 1 Punkt: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für ein sonstiges öffentliches Gebäude mit Publikumsverkehr, d.h. nicht auf eine Schule, einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte oder ein anderes Objekt für Kinder- und Jugendliche
- 1 Punkt: Referenz bezieht sich auf einen Umbau unter laufendem Betrieb
- 1 Punkt: Referenz bezieht sich auf ein Gebäude mit verschiedenen Nutzergruppen, z. B. Grundschüler und Kindergartenkinder

Es werden die vier Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zum Verhandlungsverfahren zugelassen, die die höchste Punktzahl erreichen.

Bei Punktegleichstand ist maßgebend, welcher Bewerber eine höhere Anzahl an Referenzen angegeben hat, die mindestens eine der oben genannten Voraussetzungen erfüllt.

Beispiel: Erzielte Punkte für Referenzen:

- Bewerber 1: 20 Punkte
- Bewerber 2: 20 Punkte
- Bewerber 3: 20 Punkte
- Bewerber 4: 16 Punkte
- Bewerber 5: 16 Punkte
- Bewerber 6: 16 Punkte

In diesem Fall werden die Bewerber 1-3 zugelassen. Von den Bewerbern 4-6 wird der Bewerber zugelassen, der die höchste Anzahl an Referenzen angegeben hat, die mindestens eine der oben genannten Voraussetzungen erfüllen.

Nach der Entscheidung der Vergabestelle über die Auswahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, erhalten die nicht zum Verhandlungsverfahren zugelassenen Bewerber/Bewerbergemeinschaften ein Absageschreiben.

Die zum Verhandlungsverfahren zugelassenen Bewerber/Bewerbergemeinschaften werden aufgefordert, zunächst ein erstes, noch unverbindliches Angebot (**Erstangebot**) auf der Grundlage der Vergabeunterlagen abzugeben, die bereits jetzt auf der Homepage der Stadt Grünsfeld (www.gruensfeld.de/Rathaus/Ausschreibungen) zusammen mit diesen Unterlagen für den Teilnahme-wettbewerb zur Verfügung gestellt wurden.

3. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach LTMG-BW

Für jeden Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft muss ferner die Verpflichtungserklärung zur Mindestentgelt nach LTMG-BW (**Formblatt 6**) entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem ersten, noch un- verbindlichen Erstangebot abgegeben werden.

IX. Zeitplan

Frist für Rückfragen zum Teilnahmeantrag: 02.11.2017

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
(Ausschlussfrist): 13.11.2017, 14.00 Uhr

Der nachfolgende Zeitplan ist bisher nur beabsichtigt und kann sich noch ändern. Es können insbesondere auch mehrere Verhandlungsrunden durchgeführt werden. Dies entscheidet allein die Vergabestelle. Die Bieter/Bietergemeinschaften haben keinen Anspruch darauf, dass mehr als eine Verhandlungsrunde durchgeführt wird.

Frist für den Eingang der Erstangebote: 08.01.2018

Verhandlungsrunde: 16.01.2018

Frist für den Eingang der endgültigen Angebote: 19.01.2018

Beauftragung der Planungsleistungen: 12.02.2018

Einreichung Bauantrag: 30.03.2018

Spätester Baubeginn: Sommerferien 2018

Es wird darum gebeten, bereits jetzt den **16.01.2018** vorsorglich ganztägig für das Verhandlungsgespräch im Rathaus Grünsfeld zu reservieren.

X. Vergabekammer

Zuständig für ein Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammer Baden-Württemberg beim
Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstraße 17
76131 Karlsruhe
Fax: 0049 (0) 721 9263985
Tel: 0049 (0) 721 9264049
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

**Anlage :
FORMBLÄTTER FÜR DEN TEILNAHMEANTRAG**

Formblatt 1: Teilnahmeantrag

Formblatt 2: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Formblatt 4: Bewerbergemeinschaftserklärung

Formblatt 5: Eigenerklärung zu Auswahlkriterien

Formblatt 6: Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

Alle Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag einzureichen, auf dem deutlich sichtbar vermerkt ist:

**Teilnahmeantrag Bildungscampus
NICHT ÖFFNEN**

Formblatt 1: Teilnahmeantrag

(Name, Anschrift, Fax-Nr. und E-Mail des Bewerbers. Bei Bewerbergemeinschaften sind der Name der Bewerbergemeinschaft und die Anschrift und Fax-Nr. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft anzugeben. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind im Formblatt 4 (Bewerbergemeinschaftserklärung) anzugeben.)

Hiermit bewerben wir uns um die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Vergabe der Planungsleistungen für den Bildungscampus Grünsfeld.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift
des Bewerbers bzw. bei
Bewerbergemeinschaften des
bevollmächtigten Vertreter

Formblatt 2: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen

Eigenerklärungen für das Unternehmen

Name, Anschrift

Wir sind in diesem Vergabeverfahren Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

A: Wir erklären, dass unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werden wir ihn vorlegen.

B: Wir erklären, dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB, meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt und keine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gegen unser Unternehmen wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, vorliegt; einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB, stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Wir erklären, dass

- unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
- unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
- unser Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Wir erklären, dass für unser Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinne von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vorliegt.

C: Wir erklären, dass unser Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§§ 123 Abs. 4 GWB).

Ort, Datum

Unterschrift des Unternehmens

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung, S. 1

Eigenerklärungen für das Unternehmen

Name, Anschrift

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Wir erklären, dass unser Unternehmen in folgendes Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist:

Berufsqualifikation des Berufs des Architekten

Wir sind nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder berechtigt, in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV).

Kammernummer

Eine Kopie der Eintragungsurkunde oder eine gleichwertige Bescheinigung eines anderen EU-Mitgliedstaates sind als **Anlage in Kopie beigefügt**.

Nur bei juristischen Personen: Wir benennen folgenden verantwortlichen Berufsangehörigen mit der Berufsqualifikation des Berufs des Architekten für die Durchführung der Aufgabe:

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung S. 2

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Wir erklären, dass wir in den angegebenen Jahren folgenden Gesamtumsatz und Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags erzielt haben:

Jahr	Gesamtumsatz (in EUR, netto)	Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags (in EUR, netto)
2014		
2015		
2016		

Wir erklären, dass wir eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2 Mio. EUR für Personenschäden und 0,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen haben.

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung – S. 3

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Wir erklären, dass wir die nachfolgend genannten zwei Projekte mit Planungsanforderungen, die hinsichtlich der Objektplanung mit der zu vergebenden Planungsleistung vergleichbar sind, durchgeführt haben. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen.

Hinweis: Jedes Referenzobjekt muss anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1 und 2 HOAI von mindestens 1,3 Mio. € aufweisen, es müssen mindestens die Leistungsphasen 4-8 i.S.v. § 34 Abs. 3 Nr. 4-8 HOAI erbracht worden sein und die Leistungsphase 8 muss in den letzten fünf Jahren, gerechnet ab dem Tag der Absendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen worden sein. Zudem muss für jede Referenz als Anlage eine DIN A4-Seite mit der Beschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen beigelegt werden.

Referenz 1:

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungsphasen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt Abschluss Leistungsphase 8	
Anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1, 2 HOAI	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigelegt

ja nein

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung – S. 4

Referenz 2:

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungsphasen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt Abschluss Leistungsphase 8	
Anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1, 2 HOAI	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt

ja nein

Wir erklären, dass wir in den Jahren 2015-2017 durchschnittlich folgende Anzahl an Beschäftigten und Führungskräften hatten/haben:

Jahr	Beschäftigtenzahl	Zahl der Führungskräfte
2015		
2016		
2017		

Ort, Datum

Unterschrift des Unternehmens

Formblatt 4: Bewerbergemeinschaftserklärung

Hinweis: Dieses Formblatt ist nur von Bewerbergemeinschaften auszufüllen und abzugeben und von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied zu unterschreiben.

Wir, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft _____
bestehend aus

Mitglied 1 _____

Mitglied 2 _____

Mitglied 3 _____

benennen folgenden bevollmächtigten Vertreter für die Bewerbergemeinschaft:

Name _____

Anschrift _____

Fax-Nr. _____ Email: _____

Wir erklären hiermit zugleich,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle – auch bei der Angebotsabgabe – rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft von der Angebotsabgabe an und auch im Falle der Beauftragung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Formblatt 5: Eigenerklärung zu Auswahlkriterien

Hinweis: Werden in diesem Formblatt keine Angaben gemacht, können für die Auswahlkriterien (siehe hierzu unter VIII.2) keine Punkte erzielt werden.

Es werden nur Referenzen mit Planungsanforderungen gewertet, die hinsichtlich der Objektplanung mit der zu vergebenden Planungsleistung vergleichbar sind und bei denen die Leistungsphase 8 in den letzten zehn Jahren, gerechnet ab Absendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen wurde. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen. Es können beliebig viele Referenzen angegeben werden. Umso mehr Referenzen angegeben werden, umso größer ist die Chance, zu den vier Bewerbern/Bewerbergemeinschaften zu gehören, die zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden. Für jede Referenz ist das Formblatt auszudrucken und auszufüllen

Eigenerklärungen für das Unternehmen

Name, Anschrift

--

Wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	
Anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1, 2 HOAI	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt Abschluss Leistungsphase 8	

Kurzbeschreibung des Projekts u. der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt ja nein

Bei dem Projekt handelt es sich um eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte ja

Bei dem Projekt handelt es sich um ein anderes Objekt für Kinder- und Jugendliche (d.h. keine Schule/Kindergarten/Kindertagesstätte sondern beispielsweise Jugendheim) ja

Bei dem Projekt handelt es sich um ein sonstiges öffentliches Gebäude mit Publikumsverkehr (d.h. keine Schule/Kindergarten/Kindertagesstätte/kein anderes Objekt für Kinder und Jugendliche) ja

Das Projekt umfasst einen Umbau unter laufendem Betrieb ja

Es handelt sich um ein Objekt mit verschiedenen Nutzergruppen ja

Formblatt 6: Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG)

Ich/Wir _____
Name, Anschrift

erkläre / erklären, dass

- meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt von mindestens 8,84 Euro (brutto) pro Stunde bezahlt wird
oder
- mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

• ich mir / wir uns

- von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

• sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)